

Telefon: 0661 74924

| info@gruene-fulda.de



An die Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

Fulda, 23.09.2018

36037 Fulda

Antrag zur unmittelbaren Beratung und Beschlussfassung

Bäume tragen zur nachhaltigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlage bei, sie sorgen für Luftfeuchtigkeit und -bewegung, sind Filter für Staub- und Schadstoffe, minimieren den Lärm, sind Lebensraum für die unterschiedlichsten Lebewesen und tragen somit maßgeblich zum Erhalt der Artenvielfalt und der Biodiversität in Städten bei.

Bäume sind zum unverzichtbaren Instrument der Temperaturabsenkung, der Sauerstoffproduktion und der Luftzirkulation in Städten geworden. Der Erhalt und die Pflege des Baumbestandes ist ein wesentlicher Faktor, das Stadtklima positiv zu beeinflussen.

Die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN beantragt die Erstellung einer Baumschutzsatzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb des baurechtlichen Innenbereichs der Stadt Fulda.

Silvia Brünnel

Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: - 8. Okt. 2018
<i>hc.</i>

26

Fulda, 8. Oktober 2018

Gemeinsamer Antrag folgender in der Stadtverordnetenversammlung Fulda vertretenen Fraktionen:

CDU,
CWE,
SPD,
Bündnis 90/ Die Grünen,
FDP

Die Fraktionen stellen folgenden gemeinsamen Antrag:

Der Magistrat wird aufgefordert, mit den Geschäftsführern der Warenhäuser Karstadt und Galeria Kaufhof, deren Arbeitnehmervertretungen, dem City Marketing und der IG Bahnhofstraße Gespräche zu führen, um für den Erhalt beider Standorte auch in Zukunft zu werben und zu erfragen, ob und gegebenenfalls welche weitere Aufwertung der Umgebung den Erhalt beider Standorte befördern könnte.

Begründung:

Die Mitglieder der o.g. Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung nehmen zur Kenntnis, dass der Einzelhandel und insbesondere Warenhäuser aus verschiedensten Gründen bundes- und europaweit vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen stehen.

Sowohl Kaufhof Galeria als auch Karstadt sind für die Handelsstruktur in Fulda und deren Region wichtige und traditionelle Institutionen. Der Zusammenschluss beider Unternehmen kam sicher nicht unerwartet und erscheint vor den nationalen Entwicklungen auch nachvollziehbar.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung nehmen die Sorgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch der Bürger insgesamt sehr ernst. Die Konzentration auf einen Handelsstandort hätte immense Folgen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch für die Kunden insgesamt.

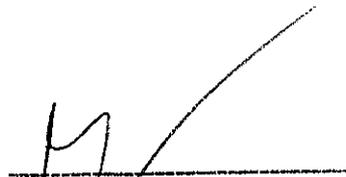
Der Zusammenschluss der Unternehmen kann aber auch die Chance bieten, dass bei entsprechenden Konzepten, Sortimentskonzentrationen oder Spezialisierungen eine sehr gute Perspektive für den Erhalt und die Weiterentwicklung beider Häuser in Fulda bestehen.

Der Magistrat möge daher mit den Beteiligten für den Verbleib beider Standorte werben.



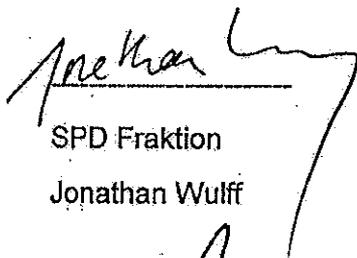
CDU Fraktion

Patricia Fehmann



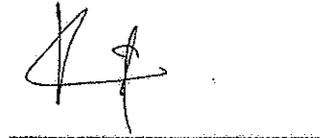
CWE Fraktion

Martin Jahn



SPD Fraktion

Jonathan Wulff



Bündnis 90/ Die Grünen

Silvia Brünnel



FDP Fraktion

Michael Grosch

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: - 8. Okt. 2018

.....*Ja.*.....

27

FDP Stadtverordnetenfraktion · Anton-Schmitt-Str. 10 · 36039 Fulda
Stadt Fulda - Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Margarete Hartmann
Schlossstr. 1
36037 Fulda

per FAX: 0661 102 2056

Antrag

Fulda, 08. Oktober 2018

Freie Demokratische Partei
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Anton-Schmitt-Str. 10
36039 Fulda

T: 0170 810 3173
F: 03222 377 87 21

michael.grosch@fdp-fulda.de
www.fdp-fulda.de

Michael Grosch
Fraktionsvorsitzender

Sparkasse Fulda
IBAN: DE14 5305 0180
0000 0531 12
BIC: HELADEF1FDS

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
die FDP-Stadtverordnetenfraktion Fulda beantragt:

Die Stadt Fulda leitet alle notwendigen Schritte zur Außerkraftsetzung der Straßenbeitragsatzung der Stadt Fulda in die Wege und legt nach abschließender Rücksprache mit der Kommunalaufsicht der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage zur Beschlussfassung vor. Der Magistrat wird damit beauftragt, die finanziellen Auswirkungen für die nächsten Jahre darzustellen und vorzulegen sowie alternative Finanzierungsmöglichkeiten zum Erhalt der kommunalen Infrastruktur zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Durch die letzte Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG) durch das „Gesetz zur Aufhebung des Erhebungszwangs von Straßenbeiträgen und für mehr kommunale Selbstverwaltung“ am Donnerstag, dem 24. Mai 2018, auf ursprüngliche Initiative der FDP Landtagsfraktion wurde die Entscheidung, ob und wie eine hessische Kommune Straßenbeiträge erhebt, wieder vollständig in deren Verantwortung und folglich in die der Stadtverordneten gelegt. Diese Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung gibt Kommunen somit die Möglichkeit, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gänzlich auf die Erhebung von Straßenbeiträgen zu verzichten.

Der Erhalt kommunaler Straßen ist Aufgabe der Kommunen. Es ist daher zwingend notwendig, die Finanzierung dieser Aufgabe auf anderem Wege sicherzustellen. Zu diesem Zweck sollen Finanzierungsmöglichkeiten geprüft und zur Beschlussfassung vorgelegt werden, die in erster Linie Einsparpotentiale an anderer Stelle berücksichtigen.

Bei der Berechnung der tatsächlichen zusätzlichen Belastung künftiger Haushalte müssen die zukünftig nicht mehr entstehenden Verwaltungskosten für die Abrechnung der Straßenbeiträge berücksichtigt werden. Ebenso ist im

Rahmen der Rechtsförmlichkeitsprüfung durch die Verwaltung eine abschließende Rücksprache mit der Kommunalaufsicht zu halten.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Grosch
Fraktionsvorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: - 8. Okt. 2018

h.c.

28

FDP Stadtverordnetenfraktion · Anton-Schmitt-Str. 10 · 36039 Fulda

Stadt Fulda - Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Margarete Hartmann
Schlossstr. 1
36037 Fulda

per FAX: 0661 102 2056

Antrag

Fulda, 08. Oktober 2018

Freie Demokratische Partei
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Anton-Schmitt-Str. 10
36039 Fulda

T: 0170 810 3173
F: 03222 377 87 21

michael.grosch@fdp-fulda.de
www.fdp-fulda.de

Michael Grosch
Fraktionsvorsitzender

Sparkasse Fulda
IBAN: DE14 5305 0180
0000 0531 12
BIC: HELADEF1FDS

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
die FDP-Stadtverordnetenfraktion Fulda beantragt:

Die Stadt Fulda prüft, ob die rechtlich die Möglichkeit besteht, dass schwangeren Frauen in den letzten drei Monaten vor der Niederkunft ein Parkausweis erteilt werden kann, mit welchem diese die als Behinderten-Parkplätze ausgewiesenen Stellflächen der Stadt Fulda nutzen können.

Begründung:

Schwangere Frauen sind durch die fortschreitende Entwicklung der Schwangerschaft körperlich beeinträchtigt. Oftmals haben diese jedoch Termine bei Ärzten wahrzunehmen. Im Regelfall müssen diese reguläre Parkplätze nutzen, welche oftmals mit langen Laufwegen verbunden sind.

Durch den Mutterpass ist der Geburtstermin festgelegt. Die zeitliche Eingrenzung der Gültigkeit eines Parkausweises wäre damit leicht festzustellen bzw. in den Ausweis einzutragen. - Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir Schwangerschaft weder als Krankheit noch als Behinderung ansehen. Es geht vielmehr um eine Entlastung derjenigen, welchen durch die Schwangerschaft das Gehen schwerfällt. - Auch viele Supermärkte gewähren Schwangeren und Eltern mit Kindern die gemeinsame Nutzung der auch für Behinderte bereitgestellten Parkplätze.

Mit freundlichen Grüßen


Michael Grosch
Fraktionsvorsitzender

Telefon: 0661 74924

| info@gruene-fulda.de

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: - 9. Okt. 2018
<i>Se</i>



Fulda, 03.10.2018

Antrag zur Planung der Neugestaltung des Heinrich-von-Bibra-Platzes

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Nach Auszug der Post-Filiale am Heinrich-von-Bibra-Platz wird die Verkehrsführung in diesem Bereich neu geplant. Wir haben jetzt die Möglichkeit, eine weitere Lücke in unserem Radwegenetz zu schließen und damit unsere Stadt attraktiver für alle Verkehrsteilnehmer*innen zu gestalten.

Die Stadtfraktion Bündnis90/Die GRÜNEN beantragt die Planung für die Umgestaltung des Heinrich-von Bibra-Platzes.

Knut Heiland

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen

DIE LINKE Offene Liste / Menschen für Fulda

Die Linke. Offene Liste / Menschen für Fulda
Stadtfraktion Fulda

Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
ute@riebold.eu

Die Linke. Offene Liste / Menschen für Fulda • Stadtfraktion • Ute Riebold • Heinrichstraße 10 • 36037 Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: - 9. Okt. 2018




09.10.2018

Antrag SVV 22.10.2018

Gebühren für religiöse, kulturelle und gemeinnützige Zwecke reduzieren

Die Fraktion Die Linke. Offene Liste / Menschen für Fulda beantragt:

Die Erhebung der Sondernutzungsgebühren für religiöse, kulturelle und gemeinnützige Zwecke wird angepasst, sodass (regionale) Vereine und Initiativen aus diesem Bereich kostenlos informieren können.

Begründung:

Eine Satzungsänderung ist nicht nötig. In Punkt 3.01 der "Anlage zur Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Fulda – Gebührenverzeichnis – Sondernutzungsgebühren im Stadtgebiet" heißt es: "*Sondernutzung für religiöse, kulturelle und gemeinnützige Zwecke bis 50,00 €/Tag*". "*bis 50,00 €/Tag*" kann auch 0,00 €/Tag bedeuten, erhoben werden jedoch generell 50 €. Die Gebührensatzung wurde jedoch vor einigen Jahren so formuliert, dass differenziert und so gesteuert werden kann. So ist die Praxis nicht im Sinne der Satzung.

Viele Vereine und Initiativen aus diesem Bereich verfügen über keine finanziellen Mittel oder verwenden diese für gemeinnützige Zwecke. 50 € sind daher viel zu viel. Um einerseits Vereinen und Initiativen zu ermöglichen, sich der Öffentlichkeit zu präsentieren ohne dafür bezahlen zu müssen, andererseits die Anzahl der Infostände nicht überborden zu lassen, kann beispielsweise die Anzahl gebührenbefreiter Infostände pro Organisation beschränkt werden oder eine abgestufte Gebührenerhebung erfolgen (z. B.: 1. Stand/Jahr = 0 €, 2. Stand/Jahr = 10 € ...). Zudem kann geprüft werden, ob die völlige Gebührenbefreiung auf regionale Gruppen beschränkt werden kann.

Die bisherige Praxis steht einer Förderung von gesellschaftlichem Engagement entgegen.


Ute Riebold

DIE LINKE. Offene Liste / Menschen für Fulda

Die Linke. Offene Liste / Menschen für Fulda
Stadtfraktion Fulda

Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
ute@riebold.eu

Die Linke. Offene Liste / Menschen für Fulda • Stadtfraktion • Ute Riebold • Heinrichstraße 10 • 36037 Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: - 9. Okt. 2018


37

09.10.2018

Antrag
SVV 22.10.2018

Bänke auf dem Uniplatz – leider oft und für lange Zeit abmontiert

Die Fraktion Die Linke. Offene Liste / Menschen für Fulda beantragt:

Die vier Bänke auf dem Universitätsplatz werden nach den Veranstaltungen, für die sie abmontiert wurden, umgehend wieder aufgestellt.

Begründung:

Leider vergrößern sich jährlich die Zeiträume, zu denen diese Bänke irgendwo zwischengelagert wurden. Aktuell sind sie wieder seit Wochen verschwunden. Vermutlich wird die Arbeitsbelastung für die Mitarbeiter des Betriebsamtes reduziert, indem das Mobiliar nicht mehr nach jedem Event zurückgebracht wird. Eine solche Kostenreduzierung auf Kosten ruhebedürftiger und häufig mobilitätseingeschränkter Menschen ist nicht hinnehmbar. Zu der teuren Umgestaltung des Uniplatzes gehören auch die Sitzgelegenheiten, die auch nutzbar sein müssen.

Vielleicht ist es möglich, die Bänke bei gewissen Veranstaltungen zu integrieren, damit der Aufwand für Ab- und Aufbau reduziert wird.


Ute Riebold

DIE LINKE. Offene Liste / Menschen für Fulda

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Fraktionsvorsitzende Karin Masche

karin.masche@fulda-vogelsberg.de

<http://www.stadtfraktion.fuldawiki.de>

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: - 9. Okt. 2018

Ka.

36037 Fulda
Schlossstraße 5

32

An
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann

Fulda, 08.10.2018

Antrag SVV Oktober 2018

Freigabe des Bedarfsplans zur Kindertagesbetreuung

Die vollständige „Kindertagesstätten- und Kindertagespflegebedarfsplanung“ (aktueller Stand, 67 Seiten) wird im öffentlichen Teil der Internet-Gremieninformation der Stadt Fulda bereitgestellt.

Für die Fraktion

Karin Masche